Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 160
12. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Der Aufmarsch der Arbeiterklasse Deutschlands gegen die Konterrevolution. Von Meyer 1363

Deutschland
Die sächsisch-thüringische Arbeiterregierung. Von Böttcher 1364
Der Separatismus an Rhein und Ruhr und seine Bekämpfung. Von Maslowski 1364
Die Ermordung eines Volkes. Von Rappoport . 1365
Nach der Kundgebung des Pariser Aktionsausschusses. Von Cachin 1366

Politik.
Die mazedonischen Konterrevolutionäre. Von Berlow 1366

Aus Sowjetrußland.
Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 1367

Arbeiterbewegung.
Die französischen Gewerkschaften und die Ereignisse in Deutschland 1368
Die Lage in der argentinischen Gewerkschaftsbewegung. Von Ghioldi 1368

Genossenschaftsbewegung.
Ein Genossenschaftstag auf der russischen landwirtschaftlichen Ausstellung. Von Bittel 1369

Aus dem Lager der Gegner.
Die Hamburger und Amsterdamer auf dem „Kampfplatz". Von Leder 1370

Aufrufe.
Ein Aufruf der KPD. aus Anlaß der Regierungsumbildung in Sachsen 1370

Der Aufmarsch der Arbeiterklasse Deutschlands gegen die Konterrevolution.

Von Ernst Meyer.

Berlin, 12. Oktober.

** Wie bei allen großen historischen Ereignissen glaubt auch diesmal der miterlebende Beobachter in Augenblicken, wo die Entscheidungen schon begonnen haben, daß er noch vor den Ereignissen stände.

Jeder Tag, ja jede Stunde bringt neue Tatsachen, neue Entwicklungen. Die letzten Ereignisse, die mit der Feder fixiert werden, sind in dem Augenblick schon durch neue Ereignisse überholt, wo sie dem Leser zu Gesicht kommen. Es hat deshalb wenig Wert, ins Detail zu gehen, sondern es genügt und ist sogar wertvoller, die allgemeine Richtung der Geschehnisse zu fixieren.

Die Pläne der deutschen Bourgeoisie auf Errichtung einer faschistischen Diktatur fanden im letzten Augenblick Widerspruch in den Reihen der kleinbürgerlichen Parteien dieses Bürgertums. Die Deutschnationalen und ihre agrarischen Hintermänner, sowie die schwerindustriellen Volksparteiler unter der Führung von Stinnes drängen zur offenen Diktatur. Aber die volksparteilichen Politiker, die zur Fertigfabrikatindustrie gehören, und die Repräsentanten des Klein- und Mittelbürgertums im Zentrum und bei den Demokraten schreckten dagegen noch vor der Aufrollung des Bürgerkrieges in Deutschland zurück. Sie wollten, wie die Demokraten es wörtlich ausgedrückt haben, noch einmal den Versuch machen, mit Hilfe der Sozialdemokratie das zu erreichen, was sie ohne die Sozialdemokratie mit den Deutschnationalen durchsetzen müßten.

Und die Sozialdemokratie hat in der Tat „das Unerhörte", „den Wahnsinn" vollbracht, was selbst sozialdemokratische Blätter zu Ausbrüchen der Entrüstung und Wut zwang. Aus Furcht vor dem Bürgerkrieg haben 54 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sich ohne weiteres den diktatorischen Ansprüchen von Stinnes bis zur offenen Preisgabe des Achtstundentages fügen wollen. Aber selbst von den 61 Mehrheitlern, die gegen eine unverschleierte Preisgabe des Achtstundentages stimmten, ist ein sehr großer Teil bereit, die Arbeiterschaft Herrn Stresemann, dem Wegbereiter von Stinnes, auszuliefern. Die sozialdemokratischen Bonzen sind sehr stolz auf ihren Trick, das Gesetz über die Aufhebung des Achtstundentages aus dem Ermächtigungsgesetz, das sonst der Regierung in allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen freie Hand gibt, herauszunehmen. Da die Sozialdemokraten wissen, daß eine bürgerliche Parlamentsmehrheit für ein einfaches parlamentarisches Gesetz vorhanden ist, wird eben der Achtstundentag zwar ohne ihre ausdrückliche Zustimmung, aber mit ihrem Wissen und mit ihrer Duldung fallen. Die Aufhebung des Achtstundentages durch das Ermächtigungsgesetz hätte als eine Verfassungsänderung der Zweidrittelmehrheit im Reichstag bedurft, was die SPD. durch ihre bloße Abwesenheit verhindern könnte.

Kann das neue Kabinett Stresemann mit seinem Ermächtigungsgesetz noch die Dinge meistern? Nein und abermals nein! Die außenpolitische Situation Deutschlands ist derart verfahren, der Hunger und das Elend der Massen so groß, die Finanzen sind dermaßen zerrüttet, daß im Rahmen des bürgerlichen Staates eine Entwirrung und Besserung nicht mehr möglich ist. Selbst die vom kapitalistischen Standpunkt aus radikalsten Maßnahmen, eine Steuerpolitik nach englischem Muster und weitgehende Zwangsmaßnahmen wie die der Kriegswirtschaft, können nichts mehr retten. Wie zu Zeiten der großen französischen Revolution werden selbst die größten Reformen nur wenig lindern, aber vielfach neue Verwirrung bringen. In kürzester Frist muß das neue Kabinett, muß die Diktatur von Stresemann ohnmächtig scheitern.

Im Bürgertum selbst wird man diesen Prozeß beschleunigen. Die Deutschnationalen und der Stinnesflügel der Deutschen Volkspartei werden weiter gegen Stresemann wühlen und hetzen. Sie werden die Diktatoren Stresemanns für sich auszunutzen versuchen, soweit es geht, aber auch rücksichtslos bekämpfen, soweit sie ihnen entgegenstehen. Die Diktatur Stresemanns wird gar bald der offenen Diktatur der Stinnes-Helfferich Platz machen. Vielleicht wird diese Umwandlung mit Hilfe der militärischen Befehlshaber fast unmerklich vor sich gehen. Wahrscheinlicher ist, daß der Druck der nationalen Kampfverbände und des faschistischen Bayern Stresemann mit einem sichtbaren Ruck über Bord werfen wird.

Der Faschismus in Deutschland ist die letzte Reserve der Bourgeoisie gegenüber der aufstrebenden Arbeiterklasse. Seine Organisationen sind stark bewaffnet und militärisch gut geführt. Aber letzte Reserven der Bourgeoisie sind stets letzter Abschaum. Jede kleine Niederlage, jeder politische Fehlschlag wird sie erschüttern und zersetzen. Ja, häufig wird ein bloßes Schwanken und Zögern ihrer politischen Führung sie ins Wanken bringen.

Hinter der Niederlage der Faschisten steht das Nichts für sie und ihre bürgerlichen Auftraggeber.

Anders bei dem Proletariat. Die deutsche Arbeiterschaft ist zerrissen und gelähmt durch die Koalitionspolitik der SPD. und durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsführung. Das deutsche Proletariat ist, entwaffnet durch die zahlreichen Niederlagen seit den Novembertagen 1918 zaghaft geworden. Die deutschen Arbeiter sind mißtrauisch geworden gegenüber der Führung aller proletarischen Organisationen. Sie sind so oft mit Versprechungen und Illusionen gefüttert worden, daß sie zu niemand rechtes Vertrauen haben. Auch das Selbstvertrauen in die eigene Kraft hat gelitten. Aber heute sehen sie keinen anderen Ausweg vor sich, als kampflos zu weichen und unterzugehen, wie es ihnen die SPD. empfiehlt, oder durch eine letzte Anstrengung alle Fesseln der Knechtschaft abzustreifen. Der Kampf droht ungeheure Opfer zu fordern, aber der Preis des Kampfes ist nicht nur Zurückweisung der augenblicklichen Gefahr, sondern auch Gewinn der Herrschaft über die Klassenfeinde für alle Zeiten.

Die Wandlung in der Stimmung der SPD.-Mitglieder ist ein deutliches Symptom des Wachsens dieser Einsicht im Proletariat. Selbst in den Hochburgen der SPD. muß die lokale Führung der Sozialdemokratie dieser Wandlung Rechnung tragen. Die sozialdemokratische Führung hat unzweifelhaft die Absicht, die Arbeiter erneut zu betrügen. Aber selbst jede Scheinkonzession an die Kommunisten, jedes Zusammengehen mit ihnen stärkt heute die Kommunistische Partei und schwächt die Sozialdemokratie. An vielen Orten schlägt das Manöver der sozialdemokratischen Führer gegen sie selbst aus. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind in ihrer übergroßen Mehrheit bereits entschiedene Gegner der Koalitionspolitik. Jeder kleine Erfolg rein proletarischer Politik festigt die proletarische Einheitsfront und zerschlägt die sozialdemokratische Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen.

In diesem Zusammenhang wird die große Bedeutung der Versuche zur Bildung einer Arbeiterregierung in Mitteldeutschland verständlich. Der Eintritt der Kommunisten in die sächsische und thüringische Regierung findet im ganzen Reiche bei den Arbeitern lebhafte Zustimmung. Jeder Schritt dieser Regierungen im Kampfe gegen die Bourgeoisie wird ihre Position nicht nur in den beiden Ländern stärken, sondern auch den Drang der Massen nach Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung in allen Ländern wie im Reich gewaltig anwachsen lassen. Die Koalitionspolitik der SPD. ist so kompromittiert, ihre Auswirkungen waren für das Proletariat so verheerend, daß die Abkehr von dieser Politik wie ein reißender Strom alle Kräfte des Proletariats aufsaugen und sammeln wird.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat durch ihren Entschluß, Miteldeutschland zum Sammel- und Ausgangspunkt der revolutionären Kämpfe in Deutschland zu machen, eine große Verantwortung auf sich geladen. Neue Enttäuschungen kann das Proletariat nicht mehr ertragen. Aber wir haben die Gewißheit, daß Sachsen und Thüringen im Gegenteil Belebung und Kräftigung der revolutionären Energien bringen werden. Die Kommunistische Partei wird zeigen, was eine Arbeiterregierung zu leisten vermag. Dies Beispiel wird stärker wirken als jede theoretische Begründung. Ueber Akte der Solidarität für das von den Faschisten bedrohte Mitteldeutschland hinaus wird das gesamte deutsche Proletariat dem sächsischen und thüringischen Beispiel folgen und in zähem Kampfe nicht nur Mitteldeutschland sichern, sondern sich ganz Deutschland erobern.

*

Im Zusammenhang mit der in Sachsen vor sich gegangenen Regierungsumbildung bringen wir am Schlusse dieser Ausgabe als bedeutsames Dokument einen Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands an ihre Mitgliedschaft, in dem die Gründe und der Zweck des Eintritts der kommunistischen Vertreter in die sächsische Regierung erläutert werden.

Deutschland

Die sächsisch-thüringische Arbeiterregierung.

Von Paul Böttcher.

Der Presse bereits durch Sonderdruck zugestellt.

Dresden, 10. Oktober 1923.

** Zug um Zug schiebt die schwerindustrielle Diktatur in Deutschland ihre Position vor. Die Arbeiterklasse hat auf den ersten Vorstoß der Reaktion, der mit der Errichtung des Ausnahmezustandes begonnen, und der Einsetzung des Direktoriums beendet werden sollte, nicht sofort mit einem breiten Gegenangriff geantwortet. Noch schien vielen Arbeitern der Ausnahmezustand als eine notwendige Maßnahme gegen das bayerische Aufmarschgebiet der Konterrevolution. Mit plastischer Deutlichkeit steht jedoch jetzt vor dem Proletariat die Tatsache des Ausnahmezustandes gegen links. Das mitteldeutsche Proletariat, bedrängt von den Hitlergarden im Süden und den legalen und illegalen Reichswehrverbänden im Norden, hat zuerst den Gegenangriff vorbereitet.

Die Kommunistische Partei hat in Sachsen die Initiative zur Bildung einer Arbeiterregierung ergriffen. Mit einem Notprogramm zum Kampfe gegen den Faschismus trat die Partei bei Beginn des Ausnahmezustandes vor die Arbeitermassen. Dieses Notprogramm fand in der Arbeiterschaft begeisterte Zustimmung. In den Betrieben wurde der Ernst der Situation voll begriffen. Es bildeten sich spontan Aktionsausschüsse zur Abwehr der faschistischen Angriffe. Die zentrale Zusammenfassung der Aktionsausschüsse über ganz Sachsen ist im Gange. Die Arbeitermassen, die die Gefahr wittern, strömen in die proletarischen Abwehrorganisationen. Sie festigen und bauen diese Kadres aus und fordern Bewaffnung der Hundertschaften. Sicher und stetig wächst die Massenbewegung von unten.

Die Konterrevolution hat ihren Aufmarsch vollendet. Täglich kann sie losschlagen. Jede Stunde, die das Proletariat in der Organisierung der Abwehr versäumt, ist ein unwiederbringlicher Verlust. Schnellstes Handeln ist notwendig. Die Kommunistische Partei hat deshalb die sofortige Bildung der Arbeiterregierung vorgeschlagen. Die Grundlage dieser Regierung ist der **Kampf gegen Reaktion und Konterrevolution mit allen Mitteln.** Die Kommunisten gehen nicht in diese Regierung als Ressortminister, sondern als Beauftragte der kampfbereiten Arbeiter. Diese Regierung wird als Kampfregierung ins Leben treten, die schärfste Mobilisierung der Massen durchführen und die Einheitsfront im Proletariat auf breitester Basis herstellen. Noch bevor die Arbeiterregierung selbst ins Leben getreten ist, erhebt die gesamte bürgerliche Presse bereits das größte Geschrei. Die konzentrierten Angriffe der Konterrevolution auf Sachsen und Thüringen zeigen, daß die letzten Positionen der deutschen Arbeiterklasse zerschlagen werden sollen. Diesen Angriff kann das sächsische Proletariat allein nicht parieren. Das gesamte deutsche Proletariat muß sich mit den vordersten sächsisch-thüringschen Kampflinien sofort solidarisieren. Es darf keine Angriffe der Konterrevolution auf Mitteldeutschland zulassen. Die nächsten Tage werden bereits Entscheidungen von größter Tragweite bringen. Mitteldeutschland ist den Militärbefehlshabern ausgeliefert, die den Feldzug gegen die Hundertschaften, Kontrollausschüsse und Betriebsräte fertig organisiert haben. Morgen schon sollen die proletarischen Kampforgane zerschlagen werden. Die mitteldeutschen Arbeiter werden keinen Fußbreit Boden kampflos preisgeben! Die Führung dieses Abwehrkampfes liegt jetzt bei der sächsisch-thüringischen Arbeiterregierung. An den Massen liegt es, alle Sabotageversuche zur Verhinderung des roten mitteldeutschen Blockes zunichte zu machen.

Der Separatismus an Rhein und Ruhr und seine Bekämpfung.

Zu den blutigen Düsseldorfer Vorgängen.

Von Peter Maslowski (Essen).

** Am letzten Sonntag im Monat September versammelten sich die **Separatisten vom Rhein und von der Ruhr** in Düsseldorf, um eine Kundgebung für die Rhein-Ruhr-Republik zu veranstalten. Etwa 20 000 Mann, viel mehr proletarische als kleinbürgerliche Elemente, begleitet von schwerbewaffneten Stoßtrupps, durchzogen die Straßen Düsseldorfs und stießen mit der deutschen Polizei zusammen. Etwa 20 Tote und gegen 100 Verletzte blieben auf dem Platze. Diese blutigen Vorgänge haben die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf die Bewegung zur Losreißung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von dem deutschen Reiche gelenkt. Vor allem hat auch die KPD., als der Vortrupp des revolutionären Proletariats, alle Ursache, eine **richtige und entschiedene Stellung** zu dieser sehr wichtigen und sehr gefährlichen Bewegung einzunehmen.

Man war bisher sehr leicht geneigt, in der Separatistenbewegung ein künstlich entfachtes und von französischem Kapital genährtes Intrigenspiel weniger Politikanten zu sehen. Die bürgerliche Presse, die sich vielleicht schon morgen „auf den Boden der gegebenen Tatsache" der Rhein-Ruhr-Republik stellen wird, hat bisher alles getan, um diese Bewegung als eine Sache gekaufter Schurken und notorischer Verbrecher abzustempeln. Charakteristisch in dieser Beziehung war ein Flugblatt, das am Tage vor der Separatistenkundgebung in Massen von bürgerlicher Seite herausgegeben wurde. In diesem Flugblatt wurden **alle Separatisten als kriminelle Verbrecher** beschimpft. Dieser

„Partei der schweren Jungen" müßte entgegengestellt werden die „Partei der anständigen Leute". Es hieß in dem Flugblatt: „Meidet jede Berührung mit ihnen. Gebt ihnen keine Gelegenheit zur Körperverletzung mit Todeserfolg, zu Diebstahl und anderen Verbrechen". In solch **völlig unpolitischer Form** wurde spekuliert auf die wurmstichige Anständigkeit der honetten Bürger und auf die noch mit bürgerlichen Scheuklappen versehenen unaufgeklärten Arbeitermassen. Die **Gewerkschaftsbürokraten und sozialdemokratischen Führer,** einschließlich der in Düsseldorf noch vorhandenen USP.-Leute haben diesen Blödsinn mitgemacht. Auch sie haben sich damit in eine Einheitsfront mit den Deutschnationalen gestellt, indem sie ihre Anhänger aufforderten, **den Separatisten restlos die Straße zu überlassen,** denn mit „solch einem Gesindel" dürfte der Arbeiter nicht einmal von fern auf der Straße in Berührung kommen.

Es war richtig, daß **die Kommunistische Partei** sich weder diese völlig unpolitische Betrachtungsweise zu eigen gemacht, noch auch den Separatisten von vornherein die Straße überlassen hat. Sie war vielmehr aufmarschiert und brachte aus sich heraus allein in Düsseldorf so viel Arbeiter zur Demonstration auf die Straße, wie die Separatisten aus ganz Rheinland und Westfalen zusammengezogen hatten. Schon der Versuch der Separatisten, den kommunistischen Aufmarsch zu stören, wurde dadurch von vornherein erstickt, daß die angreifenden Separatisten unter Zurücklassung eines Toten und einiger Verwundeter das Feld räumen mußten. Damit hat **allein die Kommunistische Partei die proletarische Ehre gerettet.** Sie allein hat das Proletariat vor dem Vorwurf bewahrt, vor den Separatisten kapituliert zu haben.

In der Folgezeit werden selbstverständlich die Kommunisten noch mehr als bisher vor die Frage gestellt werden, wie sie die Sonderbündlerbewegung bekämpfen sollen. Es ist selbstverständlich, daß die **rein militärische Einstellung** gegen die Separatisten **nicht genügt.** Mehr als bisher haben die Kommunisten die Aufgabe, **die sehr fadenscheinige Ideologie der Sonderbündler in den Massen selbst zu zersetzen.**

Das wird um so notwendiger sein, als es ganz klar ist, daß der Separatismus an Rhein und Ruhr in viel stärkerem Maße in dem gerade in Rheinland und Westfalen zahlreichen **Industrieproletariat** wurzelt als etwa die völkisch-faschistische Bewegung im übrigen Deutschland und der Separatismus in Bayern. Wenn also schon die KPD. die nationalistisch eingestellten Kleinbürger ideologisch zu bearbeiten versucht, um sie nicht auf Grund ihrer nationalen Gefühle dem Faschismus in die Arme zu treiben, sondern **für den Kommunismus zu gewinnen,** so hat sie um so mehr Ursache, sich um die **Beeinflussung jener irregeführten Proletarier zu bemühen, die in ihrer Blindheit vom Separatismus eine Verbesserung ihrer Lage erhoffen.**

Unseres Erachtens nach muß die Bearbeitung der den Dorten, Matthes und Smeets nachlaufenden Proletarier leichter sein, als etwa die kommunistische Beeinflussung der kleinbürgerlichen Faschisten im unbesetzten Deutschland. Während diese immerhin noch in bestimmter Richtung eine gewisse Ideologie ihr eigen nennen, gibt es kaum eine Bewegung, **die jedes positiven Programms und jeder geschlossenen Weltanschauung so bar ist wie die der rheinisch-westfälischen Separatisten.** Die ganze separatistische Ideologie am Rhein und an der Ruhr erschöpft sich letzten Endes darin, in den blutrünstigsten Ausdrücken auf das Preußentum zu schimpfen, dabei schönklingende Phrasen vom „freien Rhein" zu dreschen und im übrigen den französischen Generalen als den angeblichen Vermittlern dieser nebelhaften „rheinischen Freiheit" die Stiefel zu lecken.

Wie die Erschießung Schlageters für die Kommunisten nur ein **Anknüpfungspunkt** war, um an die kleinbürgerlich-nationalistisch eingestellten Massen heranzukommen, so müßten die proletarischen Opfer des blutigen Septembersonntags von Düsseldorf von den Kommunisten erst recht als **Verbindungslinie zu den Separatisten hinüber** benutzt werden. Die Frage ist hier nämlich doppelt berechtigt: **Wofür starben die irregeführten Proletarier unter den grün-weiß-roten Fahnen?** Was heißt „freier Rhein" und was bedeutet die „freie Rhein-Ruhr-Republik"?

Die Proletarier innerhalb der Separatistenbewegung erhalten gerade in diesen Tagen einen Vorgeschmack dieser „rheinischen Freiheit" unter ihrem angebeteten General Degoutte. In derselben Stadt, wo das Separatistenblut geflossen ist, in Düsseldorf, ließ dieser „freiheitsliebende" französische General einer Abordnung aller Gewerkschaften erklären, daß bei Verweigerung einer zugewiesenen Arbeit **sofortige Ausweisung** erfolgen und bei der geringsten Auflehnung die Gewalt der Waffen angewendet werden würde. Wir können uns keinen separatistisch gesinnten Arbeiter denken, der — mit knurrendem Magen — direkt unter dem Bajonett arbeitet, und doch noch begeistert ist für die „rheinische Freiheit", die ihm auf den Spitzen der französischen Bajonette gebracht wird. Hier, an der sozialen Lage, muß die kommunistische Propaganda und Aufklärung in den Separatistenkreisen einsetzen.

Aber über die sozialen Forderungen hinaus muß eine großzügige politische **Aufklärungsarbeit** geleistet werden. Den separatistisch gesinnten Arbeitern ist klar zu machen, daß sich der französische Imperialismus in einer Rhein-Ruhr-Republik genau so einen **Vasallen- und Pufferstaat** schaffen will, wie er sich solche Staaten schon geschaffen hat in Polen, der Tschechoslowakei usw. Es ist geschichtlich nachzuweisen, daß der deutsche Militarismus in seiner höchsten Blüte nicht anders gehandelt hat, wie es der französische tut. Auch die deutschen imperialistischen Heere wandten die Methode des „Teile und herrsche" an, wenn es galt, eroberte Lande für sich nutzbar zu machen. Wie der Operettenhetman Skoropadsky in der Ukraine nur der Platzhalter Wilhelms sein sollte, und wie die deutschen imperialistischen Heere in Finnland die proletarische Revolution zugunsten der finnländischen Bourgeoisie blutig niederschlugen, genau so bedient sich der französische Militarismus der Separatisten als **Zutreiber für seine Interessen** und **unterstützt** gleichzeitig die **Stinnes, Thyssen und Klöckner,** die sich mit den französischen Kapitalisten geeinigt haben, **gegen die rebellierenden Arbeitermassen** mit Kanonen, Maschinengewehren und Tanks. Der Separatismus, das muß den irregeführten Proletariern immer wieder gesagt werden, ist also im Kern nichts anderes, als die **politische Sicherung der Einigung der Stinnes und Loucheur auf Kosten des Rhein-Ruhr-Proletariats.**

Sehr ernüchternd auf die Nachläufer der Separatisten wird auch die Aufdeckung der **Verbindungslinien** zwischen dem **Faschismus** in Bayern und dem **Separatismus** am Rhein und an der Ruhr wirken, die allgemein bekannt sind. Gerade weil man auf gewisse revolutionäre Gefühle der rheinisch-westfälischen Arbeiter spekuliert, weil man vorgibt, die preußischen Methoden zu bekämpfen, ist es sehr heilsam, diese Verbindungslinie zwischen dem Separatismus und dem preußischsten Preußentum, nämlich dem Faschismus, immer wieder aufzuzeigen. Gerade weil die Separatisten vorgeben, die preußischen Gewaltmethoden zu verurteilen, ist immer wieder nachzuweisen, daß sie nicht nur der faschistischen Niederschlagung der Arbeiter den Weg ebnen, sondern auch direkt für Rheinland und Westfalen den **stärksten Militarismus,** den je die Welt gesehen hat, zu einer ständigen Einrichtung machen wollen.

Diese gesamte kommunistische Propaganda ist vor allen Dingen **in die Betriebe** zu verlegen. Wenn es uns nur gelingt, auf diese Weise nennenswerte proletarische Kreise von den bestochenen Abenteurern und Subjekten, die sich Führer nennen, zu trennen, wenn es gelingt, **die separatistischen Nachläufer auf ihren proletarischen Mutterboden zurückzuführen,** sie einzufügen in den **Kampf um ihre Arbeiterrechte,** so ist der Separatismus am Rhein und an der Ruhr an seiner **empfindlichsten** Stelle **getroffen.** Aber genau so, wie wir die Völkischen im unbesetzten Deutschland nicht bloß ideologisch vom Faschismus zu trennen versuchen, sondern uns auch militärisch durch die proletarischen Hundertschaften zur Abwehr faschistischer Angriffe vorbereiten, so werden wir auch im Rheinland und in Westfalen neben der Aufklärungsarbeit unter den Separatisten niemals die **Mobilisierung der proletarischen Hundertschaften aus den Betrieben** heraus versäumen dürfen. Unsere Taktik gegenüber den Völkischen im unbesetzten Deutschland hat zweifellos zu gewissen Erfolgen geführt. Wenden wir diese Taktik mit Energie auf die rheinisch-westfälischen Separatisten an, dann müssen uns nach der ganzen sozialen Struktur und der verworrenen Ideologie der Separatisten um so sicherer Erfolge beschieden sein.

Die Ermordung eines Volkes.

Von Charles Rappoport (Paris).

** Ich habe den Brief eines französischen Kaufmanns vor den Augen, der sich in Deutschland aufhält und mit Politik nichts zu tun hat. Der Brief ist von unbestreitbarer Originalität. Er steht auf der Rückseite eines deutschen 10 000 Markscheins und fängt folgendermaßen an:

„Aus Sparsamkeit schreibe ich Ihnen auf einem echten Zehntausendmarkschein. Dadurch spare ich 190 000 Mark. Das Elend ist hier tragisch. Man kann sich von der Not der deutschen Arbeiter und Angestellten gar keine Vorstellung machen. Ihr Einkommen reicht gerade aus, daß sie fünf Tage im Monat leben können; die übrige Zeit müssen sie sehen, wo sie bleiben."

Der Brief ist ungefähr einen Monat alt. Inzwischen hat sich die Lage noch äußerst verschlechtert. Der Briefschreiber hätte jetzt, um noch sparsamer sein zu können, einen Millionenschein benutzt. Die Teuerung in Deutschland übersteigt jede Vorstellung. Die Arbeiter und Angestellten arbeiten den ganzen Tag, um die Millionen zusammenzubringen, mit denen sie ein Stück Brot kaufen können. Der Korrespondent des „Journal" in Berlin, Helsey, schreibt: „Bald werden die Deutschen die

Tage ohne Brot und ohne Feuerung kennen lernen. Mag das Land eine linke oder eine rechte Regierung haben: Man sieht keine Veränderung der Situation. Wenn Deutschland des Ruhrgebiets beraubt wird, ist jede Hoffnung auf Vermeidung einer Katastrophe dahin. Deutschland hat dann kein Geld, keinen Stahl und keine Kohle mehr." Derselbe Journalist, der durchaus kein Feind der Regierung Poincarés ist, fügt dann noch die folgenden schrecklichen Worte hinzu: „Das Reich wird die Produktion des Ruhrgebiets erst dann wieder erhalten, wenn wir es ihm erlauben."

Also wenn Herr Poincaré es nicht erlaubt, so treibt er Deutschland ganz bewußt in eine Katastrophe ohnegleichen, die eine Katastrophe des kapitalistischen Systems werden kann und muß. Danke, Genosse Poincaré! Noch nie hat ein Mann für die Revolution so gut gearbeitet. Herr Poincaré steht an der Spitze der antikapitalistischen Verschwörung. Warum hat der Staatsanwalt eigentlich gegen ihn noch keinen Haftbefehl erlassen?

Während der Dreyfus-Affäre erklärte Jaurés ganz Frankreich für einen Verbrecherstaat, weil es einen unschuldigen Menschen im Zuchthaus hielt. Heute schickt sich die französische Bourgeoisie an, mitten im Frieden und in vollem Bewußtsein dessen, was geschieht, ein Volk von 60 Millionen Männern, Frauen und Kindern zu morden, das ungerecht zum Hungertode verurteilt ist. Dies tut die französische Bourgeoisie, um sich ihren „Sieg" bezahlen zu lassen. Ein Sieg, den sie mit Hilfe von 25 anderen Völkern errungen hat, und wobei sie sich ehrenwörtlich verpflichtete, jeden Militarismus zu beseitigen, einen dauerhaften Frieden zu sichern und allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren. Aber heute benutzt dieselbe Bourgeoisie, geführt von einem herzlosen Narren, den Sieg, der ihr nicht gehört, als Vorwand, um einem besiegten und erniedrigten Volk den Dolch in den Rücken zu stoßen. Wir klagen Herrn Poincaré an, daß er die Reparationen nur als Vorwand benutzt. Er will gar nicht bezahlt werden. Poincaré hat in der Kammer zugegeben, daß er die Sicherheit der Bezahlung vorzieht. Als Garantie der „Sicherheit" liefert Poincaré Deutschland dem nationalistischen Wahnsinn und dem Chauvinismus der Alldeutschen aus!

Wir stellen fest: Herr Poincaré lügt, wenn er sagt, es handele sich darum, Deutschland zum Bezahlen zu bringen. Wir haben dafür viele Beweise. Auf der Januarkonferenz verwarf Poincaré ein Projekt Bonar Laws, das für Frankreich sehr vorteilhaft gewesen wäre, und er sagte, es wäre ein Unglück, wenn Deutschland sich seiner Schuld entledigen könnte! Denn in diesem Fall würde Deutschland wieder ein gefährlicher Konkurrent auf dem Weltmarkt werden. Das ist ein zynisches und schändliches Geständnis. Aber es entspricht vollkommen der nationalistischen Lehre: Deutschland muß verhungern, damit Frankreich leben kann. Die Poincarés auf der anderen Seite des Rheins haben den gleichen Grundsatz gegenüber Frankreich.

Wir leben in einer Gesellschaft, die eine ständige Verschwörung gegen die Solidarität und den Frieden der Nationen bedeutet, und deren verblendete Leiter unter dem Vorwand der „Sicherheit" und der „nationalen Verteidigung" nichts als Gemetzel und Ruin im Auge haben. Aber die französischen Arbeiter und Bauern, die den Frieden lieben, werden sich, sobald sie den Zusammenhang erkannt haben, nicht zu der unwürdigen Rolle hergeben, die Henker ihres Nachbarvolkes zu spielen. Denn würde heute das französische Volk der Henker sein, so würde es morgen selbst das Opfer der gleichen irrsinnigen und verbrecherischen Politik werden.

Nach der Kundgebung des Pariser Aktionsausschusses.

Von Marcel Cachin (Paris).

** In Massen ist das Pariser Volk am 6. Oktober dem Appell des Aktionskomitees gefolgt. Der Zustrom war so wie an den großen Tagen der Volkserregung, und wir mußten nur bedauern, daß der Saal nicht die gesamten Massen aufnehmen konnte, so daß Tausende von Genossen draußen blieben. Es steht also fest, daß das Pariser Proletariat die Ereignisse in Deutschland mit leidenschaftlicher Aufmerksamkeit verfolgt. Wer hätte übrigens daran zweifeln können! Es wäre zu schändlich gewesen, wenn die offiziellen Lügenmanöver die Arbeiterschaft hätten irreleiten können.

Die Pariser Proletarier sind bereit, die Pflicht der internationalen Solidarität zu erfüllen. Die versammelte Menge war äußerst erregt. Sie verstand den Ernst der Tage, die wir durchleben. Sie wünschte über das gegenseitige Kräfteverhältnis in Deutschland Näheres zu erfahren. Sie wollte die Gewißheit haben, daß unsere Genossen jenseits des Rheins, wenn sie in den Kampf gehen, nicht einer Taktik der Verzweiflung folgen, sondern dabei kühl die Schwierigkeiten und Hindernisse in Rechnung stellen. Diese Schwierigkeiten haben wir der Arbeiterschaft nicht verheimlicht. Aber wir haben ihr auch von den Hoffnungen der deutschen Revolutionäre erzählt, von ihrer Begeisterung, von ihren Leistungen in der Vergangenheit, von ihren methodischen Vorbereitungen und von ihrer wunderbaren Opferwilligkeit, an der sich alle Arbeiterorganisationen gegenwärtig ein Beispiel nehmen können.

In gebührender Weise haben wir die schmählichen gegenrevolutionären Verleumdungen gebrandmarkt, die aus Haß gegen den Kommunismus die Zeitungen der Sozialisten und der Frossard-Gruppe gegenwärtig verbreiten. In diesen Organen konnte man in den letzten Wochen immer wieder die Behauptung finden, daß die deutschen Kommunisten mit den Faschisten und Nationalisten zusammengehen, während tatsächlich fast täglich die Nationalisten einen von unsern Genossen ermorden. Diese schändliche Verleumdung wurde von Grumbach aufgebracht. Sie wurde sofort von der „Egalité" weiterverbreitet, und gegenwärtig geht sie durch die bürgerliche Presse. Mit Hilfe dieser vergifteten Waffe wird man versuchen, morgen die deutsche Revolution zu töten. Schon heute benutzen die schmählichen Lakaien der Regierung diesen Vorwand, um neue Verfolgungen gegen die Kommunisten zu verlangen.

Das Pariser Volk hat diese Methoden und ihre Urheber gebührend verurteilt. Das Pariser Proletariat weiß, daß die deutschen revolutionären Arbeiter, die schon so oft von ihrem Blut vergossen haben, von dem klarsten Klassenbewußtsein erfüllt, in den neuen Kampf gehen. Während die Berliner reformistischen Führer im Dienste von Stresemann und Stinnes stehen, vereinen unsere Genossen von den Betriebsräten und von der KPD. unter ihren Fahnen eine große proletarische Armee, die von keinem Kompromiß mit der Bourgeoisie etwas wissen will und zur kühnsten Aktion entschlossen ist. Diese Tatsache genügt, um alle Lügen der Gegenrevolutionäre zu widerlegen.

Das Aktionskomitee stellte mit Freude fest, welch großen Erfolg die erste Versammlung hatte, mit der es seine Kampagne einleitete. Das Aktionskomitee wird in Paris und im ganzen Lande seinen Weg rücksichtslos weiter verfolgen. Die Beauftragten des Aktionskomitees werden ganz Frankreich, von Norden nach Süden, von Osten nach Westen durchziehen, überall werden sie im Namen der Kriegsteilnehmer, der revolutionären Gewerkschaften und der Kommunisten die Sache der Wahrheit vertreten und zur Aktion mahnen. Die Größe der Aufgabe, die zu lösen ist, verpflichtet alle unsere Genossen, die Versammlungen mit der größten Sorgfalt vorzubereiten, die überall im Lande stattfinden werden. Kein einziger französischer Arbeiter darf von unserer Propaganda unberührt bleiben. Sie müssen alle genau über die Ereignisse in Deutschland orientiert sein. Sie müssen bereit sein, den Männern im gegebenen Moment zu Hilfe zu kommen, die jenseits des Rheins den schweren Kampf für die proletarische Befreiung führen.

*

Der Korrespondent der „Humanité" im Ruhrgebiet macht folgende bemerkenswerte Ausführungen über die Verbrüderung der Ruhrarbeiter mit den proletarischen französischen Soldaten:

„Trotz der immer schärferen Verordnungen der Vorgesetzten zeigen sich die französischen Soldaten gegenüber der Arbeiterbevölkerung nach wie vor sehr freundschaftlich. In dem Augenblick, wo man die Absicht hat, den Besitz der deutschen Kapitalisten ganz offen durch die Bajonette zu schützen, ist es von Interesse, einen Vorfall zu berichten, der sich kürzlich zwischen Essen und Krag abspielte. Als ein Demonstrationszug von 2000 Bergarbeitern nach Essen ging, wurde er auf dem ganzen Weg von den französischen Militärpatrouillen begrüßt, die an mehreren Stellen verhinderten, daß Fußgänger, Wagen oder Straßenbahnen den Zug unserer Genossen durchbrachen. Die Kampagne der KPD., die das Leben der französischen Soldaten und der deutschen Proletarier schützen will, trägt ihre Früchte."

Politik

Die mazedonischen Konterrevolutionäre.

Von Berlow (Sofia).

** Die Ereignisse in Bulgarien in der zweiten Hälfte des September haben die eigentliche Natur und Bedeutung der mazedonischen Autonomisten aufgedeckt. Sie führten gegen die Regierung Stambuliskis einen erbitterten Kampf, weil diese Regierung im Einvernehmen mit der serbischen Regierung jede

Organisation verfolgte, die die serbische Macht in Mazedonien bedrohte. Die mazedonischen Autonomisten verfügten über einen straff disziplinierten Apparat und stellten einen Staat im Staate dar. So zum Beispiel etablierten sie in Südwest-Bulgarien eine eigene Polizei und Steuerverwaltung. Jeder Reisende braucht ihre Reisegenehmigung, und die Bevölkerung wird gezwungen, Steuern an sie zu entrichten.

Die mazedonischen Autonomisten waren die Anführer vieler Attentate und politischer Morde. Sie waren auch die beste Stütze der Zankowschen Umsturzregierung. Damals sagte ihnen die KPB., daß sich eine Regierung des damaligen Blockes gegenüber der Befreiung des mazedonischen Volkes keineswegs günstiger verhalten wird, sondern daß sie im Gegenteil immer bereit sein wird, die Interessen des mazedonischen Volkes bei der ersten Gelegenheit zu verraten, genau so, wie sie die Interessen des bulgarischen Volkes während der beiden Kriege verraten hat, nur damit sie sich die Ausbeutungsmöglichkeiten des bulgarischen Volkes weiter sichern kann. Die KPB. schlug den Autonomisten vor, daß sie auch ihre Kräfte mit denen der mazedonischen Freiheitskämpfer, mit dem kämpfenden Proletariat auf dem Balkan, zur Eroberung der politischen Macht und zur Errichtung der sozialistischen Balkanföderation vereinigen sollten. Mazedonien würde als gleichberechtigtes Mitglied der Sowjetföderation angehören. Wenn auch viele ehrliche Mazedonier gleicher Meinung waren, so gingen die Leitung und die Mehrheit der Autonomisten auf diesen Vorschlag der Kommunisten nicht ein.

Die erste Tat der serbischen Regierung gegenüber den siegreichen Umstürzlern bestand darin, daß sie an die Regierung Zankow die Forderung der Erfüllung des Vertrages von Nisch richtete, der in den ersten Monaten dieses Jahres zwischen Stambuliski und Nintschitsch (Außenminister Jugoslawiens) abgeschlossen worden ist. Die Regierung Zankow versprach alles, stellte aber den mazedonischen Autonomisten gleichzeitig große Summen für deren Zwecke zur Verfügung. Es wird behauptet, daß die Gesamtsumme, die den Autonomisten von der bulgarischen Regierung zugeflossen ist, etwa 30 Millionen Lewa beträgt. Das doppelte Gesicht der bulgarischen Regierung konnte natürlich der jugoslawischen Regierung nicht lange verborgen bleiben. Und so richtete die jugoslawische Regierung vor etwa 3 Wochen die ultimative Forderung an die Regierung Zankow, daß diese entweder den Vertrag von Nisch zu erfüllen habe, oder daß die jugoslawische Regierung im Falle der Nichterfüllung für die Verteidigung ihrer Landesgrenzen selbst sorgen werde, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sich die mazedonischen Banden auf bulgarischem Boden befinden oder nicht. Zur gleichen Zeit, als eine bulgarische Delegation zur Verhandlung über das jugoslawische Ultimatum nach Belgrad reiste, erfolgte in Bulgarien aus sehr durchsichtigen Gründen eine Beschlagnahme des Organs der mazedonischen Autonomisten.

Die entschlossene Haltung Jugoslawiens einerseits und die Hinterhältigkeit der bulgarischen Regierung andererseits brachten viele Mazedonier in ihrem Vertrauen zur Regierung Zankow ins wanken. Aus diesem Grunde sah sich die Leitung der Autonomisten gezwungen, eine Verbindung mit den Kommunisten zu suchen. Ja, sie ging sogar soweit, daß sie versprach, im Falle eines bewaffneten Aufstandes der Arbeiter und Bauern Neutralität zu üben. Aber die materielle Unterstützung durch die Regierung Zankow wog für die Leitung der Autonomisten schwerer, als die Sympathie und der Wille der eigenen Anhänger: In dem Kampfe zwischen der Regierung Zankow und den Bauern und Arbeitern ergriffen Mazedoniertrupps für die Regierung Zankow Partei. Und nicht nur das. In vielen Ortschaften waren gerade die Autonomisten diejenigen, die die schwersten Mißhandlungen an den Aufständischen verübten und deren Angehörige unnötigen sinnlosen Entbehrungen aussetzten. In Sofia haben besonders die Autonomisten die Funktionäre der Kommunistischen Partei gemartert, um diese zu ungünstigen Aussagen und zum Verrat ihrer eigenen Genossen zu zwingen. Sie tragen einen großen Teil der Verantwortung für das nutzlos geflossene Blut.

Die Septembertage haben die mazedonischen Autonomisten als eine Räuber- und Mörderbande entlarvt, die sich einer Verbrecherregierung verkauft hat. Die September-Ereignisse haben die mazedonischen Autonomisten in den Augen des gesamten internationalen Proletariats als die Verbrecher an der Balkanrevolution gezeigt. Kein Vertrauen zu den Alexandrow und Co.! — das ist die Lehre der blutigen Septembertage für jeden Mazedonier, für jeden mazedonischen Emigranten in Bulgarien. Nur Schulter an Schulter mit den Befreiungskämpfern des Proletariats und der Bauernschaft, mit den Kommunistischen Parteien des Balkans wird die Befreiung auch des mazedonischen Volkes verwirklicht werden.

Aus Sowjetrußland

Brief aus Sowjetrußland.

Kommunismus im Alltag.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Die agitatorische Stärke der Kommunistischen Partei Rußlands besteht darin, daß sie stets die vorwärtstreibenden Losungen zu formulieren und in den Vordergrund zu rücken versteht. Diese Losungen sind jetzt, sechs Jahre nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, nicht mehr allein politischer Natur, sondern umfassen alle Gebiete des sozialen Seins. Seitdem der Bolschewik nicht allein Kämpfer um die Verwirklichung eines politischen Regimes, sondern Mitglied der Regierungspartei ist, gehört in das Bereich der Partei der Bolschewiki Wirtschaft und Kultur, ebenso wie das rein politische Programm.

Die russische Partei weiß für aktuelle Fragen den nötigen Begriff, das richtige Wort zu prägen. Ein solches Wort war z. B. das von Lenin geprägte „Smütschka", die Zusammenschweißung der Arbeiter und Bauernschaft zu gemeinsamem Vorgehen. Ein solches aktuelles Wort ist momentan in Parteikreisen auch das Wort „Byt".

Das Wort „Byt", in Uebersetzung „Sein", hat die Bedeutung des Milieus, des ganzen Drum und Dran, das den Alltag bestimmt. Die Fragen des „Byt" sind die Fragen der Ideologie, wie sie sich im Alltag, vor allem im Privatleben auswirken. „Byt" heißt Sitte und Moral, Gepflogenheiten und Bräuche. Die jetzige Epoche der russischen Revolution wird vielfach als Epoche des „Kulturträgertums" bezeichnet, und es ist kein geringerer als Genosse **Trotzki**, der als neuer **„Knigge"** über Sitte und Moral in dieser kommunistischen Uebergangsperiode schreibt. Im verflossenen Sommer hat Genosse **Trotzki** im Zentralorgan der KPR., in der „Prawda", eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, in denen er zu solchen Fragen, wie über Zeitung, Sprache, Familie, Kirche, Schnaps und Kino Stellung nimmt.

Ist jedes Mitglied der Kommunistischen Partei **wirklicher** Kommunist? In russischen Parteikreisen ist jetzt der Begriff des „100 prozentigen Kommunisten" gebräuchlich, der gewiß nicht allzu oft anzutreffen ist, selbst in einer so ausgesiebten Partei, wie es die KPR. ist. Die KPR. geht an dieses Problem nicht psychologisch und moralisch heran, sondern versucht es von der sozialen Seite aus anzupacken.

In der „romantischen" Periode des Kriegskommunismus glaubte man, dem Ziele nahe zu sein: Man sprach damals von proletarischer Kultur, deren Reich mit dem Einzug der Kommunisten in die Regierungspaläste gekommen sei. Das erwies sich als schöner Wahn. Die alten Lebensformen halten die Klasse fest gefangen, auch nachdem sie ihren sozialen Ort gewechselt hat. Der russische Arbeiter kommt aus dumpfem Milieu, in dem Unwissenheit, Analphabetentum, Aberglaube, Schnaps und Pope herrschten. Die Revolution hat die Wände der dumpfen Behausungen eingerissen, in die Litanei der Kirche schmettert die „Internationale" hinein. Nirgends in der Welt bringt das Leben solche scharfen Kontraste hervor, als in Sowjetrußland. In den Straßen Moskaus, durch die die Arbeiterdemonstrationen ziehen, bimmeln noch immer die Glocken der altgläubigen Kirche, oder — um mit Trotzki zu sprechen —: „Neben dem jüngeren Typus des Altmoskauer Kaufmanns, der durch Revolution, Expropriation, Spitzbüberei, verbotene und legalisierte Spekulation hindurch sein verfressen egoistisches Naturell fast unversehrt beibehalten hat, finden wir den allerbesten Typus des kommunistischen Arbeiters, der Tag ein, Tag aus für die Interessen der internationalen Arbeiterklasse lebt und bereit ist, für die Sache der Revolution in jedem Moment in jedem x-beliebigen Lande zu kämpfen, das er vielleicht nicht einmal auf der Landkarte wird finden können." „Neben diesen sozialen Kontrasten — der stumpfsinnigen Schweinerei und des höchsten revolutionären Idealismus", fügt Trotzki hinzu, „können wir mitunter die psychischen Kontraste in einem und demselben Kopfe, in einem und demselben Bewußtsein wahrnehmen." Es gibt russische Kommunisten, die für die Revolution das Höchste geleistet, die Beweise reinster kommunistischer Gesinnung und wahren Heldentums geliefert haben. Derselbe kommunistische Arbeiter aber läßt sein Kind in der Kirche von Popen taufen. Warum? Die Frau oder die Verwandten wollen es so haben. Ein russischer Schriftsteller, Gribojedow, hat die Sprache der russischen aristokratischen Gesellschaft aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als „Gemisch von Nischni-Nowgorod und Paris" bezeichnet. Genau so könnte man das Milieu des russischen Proletariats als Gemisch von Marxismus und Byzanz bezeichnen. Und doch bahnt sich mitten im Chaos des russischen Lebens ein neuer Weg zum freien Menschentum. Töne klingen hindurch, die das Neue verkünden. Das Neue nimmt mitunter

seltsame Formen an. Der russische Arbeiter benennt sein Kind „Oktobrine", zu Ehren der Oktoberrevolution, oder „Ninel" (Umkehrung von Lenin). Anstatt der Taufe wird eine feierliche „Schau" des Neugeborenen abgehalten, an der der Betriebsrat der Fabrik oder die Parteiorganisation teilnimmt. So wird die Aufnahme des Kindes in die Bürgerschaft der Sowjetrepublik gefeiert. Oder man denke an die „Weihnachten" und „Ostern", die von dem Kommunistischen Jugendverband Rußlands an Stelle der kirchlichen Weihnachts- und Ostertage gefeiert wurden. In der Masse macht sich das Bestreben bemerkbar, die althergebrachten Sitten und Gebräuche durch etwas Neues zu ersetzen. Die rote Fahne, Hammer und Sichel, der rote Stern sind die neuen Embleme; der 1. Mai, die Feier der Pariser Kommune, das Fest der Oktoberrevolution und die anderen revolutionären Feiertage sind der Anfang zu einem neuen „Byt", einem neuen Alltag der russischen Arbeiterklasse.

Die Kampagne, die jetzt von der russischen Kommunistischen Partei um den neuen „Alltag" geführt wird, faßt in der Masse allmählich Wurzel. Wer kennt nicht den saftigen Mutterfluch, der in der Kaserne und in der Werkstätte vom General bis zum Korporal gleich oft angewandt wird? Genosse Trotzki findet es nicht unter seiner Würde, gegen solche kulturellen Unsitten zu schreiben. Veredelung der Sitten, Veredelung der Sprache! Genosse Trotzki wendet sich gegen das schlechte Zeitungsrussisch, gegen die schlechte Ausstattung der Zeitungen, gegen tausend Kleinigkeiten und Nebensächlichkeiten, aus denen sich das Gesamtbild des täglichen Lebens zusammenstellt.

Trotzki begnügte sich mit den Zeitungsartikeln (die jetzt zu einem Buch: „Fragen des Alltags", Moskau 1923, vereinigt sind) nicht. Er veranstaltete für diese Frage eine Konferenz der Agitatoren des Moskauer Parteikomitees. Umfragen über „Was wird gelesen?" „Die Mängel der Zeitungen", „Das Verhältnis zur neuen ökonomischen Politik", „Welche Veränderungen hat die Revolution im Familienleben gebracht?" usw. ergaben ein reichhaltiges Material. Aus der Gesamtheit der Antworten ergab sich das Bild des russischen Proletariers und Kommunisten, der am Scheidewege steht. Charakteristisch ist eine Antwort über die Rolle des „Nep", die auch von anderen bestätigt wurde: „Der Arbeiter sagt: Ich bin der Herr, ob ich durch die Straßen gehe oder in der Trambahn fahre, ich fühle, ich bin der Herr . . . Sobald ich will, bleibt von den ganzen Nep-Leuten nichts als Staub übrig." Aber dieselbe Antwort spricht auch von dem Haß und der Wut, die der Arbeiter gegen die neue Bourgeoisie hat.

Die Nep macht alle die Fragen, die von Trotski angeschnitten wurden, besonders aktuell. Der Arbeiter, der unter noch lange nicht idealen Verhältnissen im Betrieb steht und der die luxuriösen Läden sieht, muß natürlich die neue Bourgeoisie hassen. Aber diese Läden mit den feinen Leckerbissen und guten Kleidern haben noch eine andere Gefahr: sie verbürgerlichen eine gewisse Schicht der Arbeiterklasse, indem sie in ihr das Gelüst zum Wohlleben wecken. Manchmal spielen sich diese Konflikte zwischen kommunistischem Ideal und kleinbürgerlichem Wohlleben im Schoße einer und derselben Familie ab, zwischen dem kommunistischen Mann und der parteilosen Frau, oder (natürlich seltener) auch umgekehrt. Die proletarische Revolution hat den Freiheitsdrang, hat die Persönlichkeit des Proletariers zur Geltung gebracht. Die Revolution hat die Plattform geschaffen, auf der sich das Proletariat als neue Kulturschicht auswirken kann. Aber die russische Revolution als Teil der Weltrevolution ist ja noch nicht abgeschlossen. Die Formen des russischen „Byt" sind, wie die politischen Formen, Formen einer Uebergangsperiode. Das Proletariat wird den eingeschlagenen Weg siegreich zu Ende schreiten, es wird das Gebäude des neuen „Seins", zu dem erst einzelne Steine gelegt sind, vollenden.

Arbeiterbewegung

Die französischen Gewerkschaften und die Ereignisse in Deutschland.

** Die CGTU. hat einen neuen Versuch gemacht, die Einheitsfront der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Frankreichs zur Verteidigung des deutschen Proletariats zu bilden. Der Vorstand der CGTU. richtete am 8. Oktober folgendes Schreiben an den Vorstand der reformistischen CGT.:

„Genossen!

Angesichts des Einflusses, den die gegenwärtigen deutschen Ereignisse auf die Zukunft der internationalen Arbeiterbewegung ausüben müssen, hat die CGTU. die Anregung zur Bildung eines Aktionskomitees aus allen Arbeiterorganisationen gegeben. Die CGTU. stützte sich bei diesem Schritt auf folgende Tatsachen: 1. die Bedingungen, die Deutschland durch den Versailler Friedensvertrag auferlegt wurden, haben das deutsche Volk in Hungersnot gebracht. 2. Die Kapitulation der Regierung Stresemann bedeutet die Auslieferung des Ruhrproletariats an die französische Regierung. 3. Die gegenwärtige Lage in Deutschland ist so ernst, daß die gesamte Presse von der Möglichkeit einer Revolution spricht; die revolutionäre Bewegung gewinnt schnell an Boden, die Aufrichtung revolutionärer Regierungen in Sachsen und Thüringen steht bevor. 4. Es bestehen alle Gründe zu der Annahme, daß die französische Regierung sich unter dem Vorwand, die Ausführung des Friedensvertrages zu sichern, in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischen wird. Die französische Regierung wird die deutsche revolutionäre Bewegung selbst auf die Gefahr hin ersticken, daß der Triumph der deutschen Nationalisten Frankreich erneut in offenen Krieg mit Deutschland bringt. Die Organe der Regierung, „Temps", „Journée Industrielle", „Journal des Débats" und „Matin", sprechen über die Ereignisse in Deutschland in einer Form, die an den kriegerischen Absichten der französischen Regierung keinen Zweifel läßt. 5. Die Militärdiktatur ist im Ruhrgebiet aufgerichtet, eine Verordnung des General Degoutte hat soeben die Aufhebung des Betriebsrätegesetzes verkündet, ferner die Einführung des Zehnstundentages, die Abschaffung der Tarifverträge, die Ausweisung aller Arbeiter, die nicht die Arbeit wieder aufnehmen, sowie die bewaffnete Unterdrückung einer jeden proletarischen Bewegung.

Der Vorstand der CGTU. ist der Meinung, daß die Maßregeln der französischen Regierung die ernstesten Folgen für die gesamte Arbeiterbewegung haben müssen. Angesichts des Elends und des militärischen Zwanges sind Bewegungen im Ruhrgebiet unvermeidlich. Die Beseitigung aller Errungenschaften der Arbeiterschaft im Interesse der Unternehmer im Ruhrgebiet muß auch direkt auf die Situation der Arbeiter in Frankreich einwirken. Angesichts dieser Lage muß das französische Proletariat ohne Rücksicht auf politische Meinungsverschiedenheiten entschlossen auftreten, wenn es nicht der Mitschuldige oder das Opfer der französischen Reaktion werden will. Es wird mitschuldig sein, wenn es neutral bleibt und es so der französischen Regierung ermöglicht, in Deutschland die Revolution zu zertreten. Es wird das Opfer sein, weil die Reaktion, wenn sie erst in Deutschland triumphiert hat, sich danach gegen die französischen Arbeiterorganisationen wendet. Nach einer gründlichen Prüfung der Situation wendet sich die CGTU. an die übrigen Arbeiterorganisationen, um die gemeinsame Aktion gegen den französischen Imperialismus zu ermöglichen. Angesichts des Ernstes der Lage und der bevorstehenden Kämpfe hat die CGTU. den Generalstreik ins Auge gefaßt, der im Falle einer offenen oder verschleierten Intervention der französischen Regierung in Deutschland durchgeführt werden soll. Die CGTU. hofft, daß die CGT. diesem Appell entsprechen und ihre Delegierten für den Aktionsausschuß bestimmen wird."

Die Lage in der argentinischen Gewerkschaftsbewegung.

Von Rodolfo Ghioldi (Buenos Aires).

** Genosse Losowski schrieb kürzlich in einem Artikel: „Amsterdam hat hinter sich 24 Gewerkschaftszentralen, von denen vier außerhalb Europas liegen: Argentinien, Peru, Kanada und Südafrika." Das ist ein Irrtum. Die Gewerkschaftszentrale von Peru existiert nur in der Einbildung der Amsterdamer Herrschaften. In Argentinien gibt es zwei Gewerkschaftszentralen, von denen aber keine zu Amsterdam gehört. Die Amsterdamer Internationale, deren Spezialität die Statistik ist, hat dessen ungeachtet auf ihren Listen die Gewerkschaftszentralen von Argentinien und Peru. Auf diese Weise kommt man zu 27 Millionen organisierten Arbeitern, die angeblich hinter Amsterdam stehen.

Was Argentinien betrifft, so gibt es dort erstens die Argentinische Syndikalistische Union (USA.) und zweitens die Regionale Argentinische Arbeiterföderation (FORA.).

Die USA. entstand auf dem Einigungskongreß von 1922. Sie umfaßt die stärksten und am besten organisierten Gewerkschaften des Landes. Unglücklicherweise liegt die Leitung der USA. in der Hand von Anarcho-Syndikalisten, die mit einer grenzenlosen Unfähigkeit den ausgesprochensten sektiererischen Geist verbinden. Dieser Sektengeist hat die schlimmsten Folgen für die Organisation. Anstatt daß die Führer sich ernsthaft damit beschäftigen, der kapitalistischen Offensive entgegenzutreten, für die Befestigung der Gewerkschaften zu arbeiten und das Problem der proletarischen Einwanderung aus Europa anzufassen, das für Argentinien so wichtig ist, beschränken sie sich darauf, wütend die Kommunisten zu bekämpfen. Die Zeitschrift der USA. ist viel mehr ein antikommunistisches als ein antikapitalistisches Organ.

Dieselben Führer sind offene oder verkappte Gegner Rußlands. Sie geben sich als Feinde eines jeden Staates und einer jeden Regierung aus. Sie haben keinerlei Sympathien für die RGI. Eher neigen sie noch zur Amsterdamer Internationale.

Dieser Geist der syndikalistischen Führer, der bekanntlich den Anarchosyndikalisten aller Länder gemeinsam ist, und die angeblichen Revolutionäre in der Praxis als Opportunisten oder Wirrköpfe erscheinen läßt, ist ein großes Hindernis für die Entwicklung der Organisation. Man hofft, daß sich die Lage auf dem nächsten Kongreß, der in einigen Monaten stattfinden soll, wenigstens insofern ändern wird, daß mit der Cliquenwirtschaft der Herren Anarchisten ein Ende gemacht wird.

Was die FORA. betrifft, so sind ihre Kräfte äußerst gering. Sie steht auf dem Boden des sogenannten „anarchischen Kommunismus", die Führer der FORA. sind gegen jede proletarische Disziplin und gute Organisation. Die Organisation ruht auf föderalistischer Grundlage, sie vertritt die Freiheit des einzelnen gegenüber der Organisation und die Freiheit des Einzelverbandes gegenüber dem Ortskartell, die Freiheit des Ortskartells gegenüber dem Provinzkartell, die Freiheit des Provinzkartells innerhalb der FORA. Vor einigen Wochen hat sich die Leitung der FORA. angesichts eines Generalstreiks für „neutral" erklärt! Die FORA. gehört zu der Phantom-„Internationale" von Berlin.

Neben diesen beiden Zentralen gibt es noch einige autonome Gewerkschaften, von denen der Metallarbeiterverband der wichtigste ist.

Welches sind die Aussichten der RGI. in Argentinien? Wir glauben, daß die Aussichten gut sind. Auf ihrem kommenden Kongreß wird die USA. ihre internationale Zugehörigkeit festzulegen haben. Kommunisten und revolutionäre Gewerkschafter werden für den Anschluß an Moskau eintreten. Die Entscheidung wird davon abhängen, ob die Syndikalisten den Anschluß an die RGI. sabotieren werden oder nicht. So viel steht fest, daß die Arbeitermassen große Sympathien für Rußland und für die RGI. haben. Wenn die Führer dem Anschluß an Moskau Widerstand leisten, dann werden die Arbeitermassen selbstständig den richtigen Weg finden.

Genossenschaftsbewegung

Ein Genossenschaftstag auf der russisch. landwirtschaftl. Ausstellung

Von Karl Bittel (zur Zeit Moskau).

** Während in den westeuropäischen Ländern die Genossenschaftsreformisten immer noch Zeter und Mordio schreien über die Bolschewisten, die die freie Genossenschaftsbewegung zerstört und die genossenschaftlichen Kostbarkeiten des Zarismus vernichtet hätten, findet der Forscher folgendes: **Im Bund der Räterepubliken existiert die lebendigste und intensivste Genossenschaftsbewegung nicht nur frei und unbehelligt, sondern von der Regierung in jedweder Weise unterstützt und gefördert bei ausgebildeter demokratischer Anteilnahme der Mitglieder.**

Zu gleicher Zeit existiert in Deutschland und den anderen westeuropäischen Ländern eine in demokratischer Beziehung nahezu kastrierte Genossenschaftsbewegung. Von der kapitalistischen Umwelt gehemmt und demoralisiert, vom Großkapital ausgebeutet, innerlich unfrei und von einer aktiven Anteilnahme der Mitgliedermassen kaum die Spur. Dort in Rußland nicht nur wirkliche Mitbestimmung, sondern Selbstbestimmung — in Deutschland, England usw. Willkürherrschaft der Instanzen und jene Selbstherrlichkeit der Bürokratie, daß man mit Fug und Recht oft überhaupt nicht mehr von einer Genossenschaftsbewegung, sondern nur noch von einem Genossenschaftsgeschäft sprechen kann, bei dem die Mitglieder ihre materiellen Interessen zu fördern suchen.

Der überzeugendste Beweis für diese Tatsache war die erbärmliche Durchführung des vom „Internationalen Genossenschaftsbund" angesetzten internationalen Genossenschaftswerbetages (am 7. Juli), der beispielsweise in Deutschland und England ein Trauerspiel war und von den russischen Genossenschaften zu einem grandiosen Genossenschaftsfest der Arbeiter und Bauern ausgestaltet wurde.

In Sowjetrußland ist in den 6 Jahren seit der Oktoberrevolution eine neue Welt aufgebaut worden. Einen überraschenden Ausdruck findet die Schöpferkraft der ersten Räterepublik in der derzeitigen großen landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau. Wir können hier nur andeuten, welch kolossalen Eindruck die Hunderttausende von Ausstellungsobjekten hervorrufen, der verstärkt wird durch das lebendige Zusammensein von Millionen Menschen aus dem Riesenreich, die eine Völkerschau darstellen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat.

Bei der Bedeutung, die das Genossenschaftswesen in der Sowjetrepublik als ein wesentlicher Bestandteil der Rätewirtschaft spielt, ist es selbstverständlich, daß auch die Genossenschaftssache in der Ausstellung verkörpert ist. „Zentrosojus", „Selskosojus", die Genossenschaftsbank und die vielen großen und kleinen Genossenschaften der Konsumenten, landwirtschaftlichen Produzenten, der Hausindustrie, Kustari usw. Sie alle gaben in ihren Ausstellungspavillons ein lebendiges Bild ihrer Arbeit und ihrer Kraft.

Es ist eine Unmöglichkeit, im einzelnen aufzuzählen, in welch anschaulicher und origineller Weise das Wesen der Genossenschaften sowohl als auch ihre Technik und Organisation dort zur Darstellung gebracht sind. Wir finden nicht nur Diagramme, aufgebaute Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Hausindustrie, Jagd- und Fischerei, kostbare Rauchwaren zum Export in unendlicher Fülle, sondern auch eine Unzahl von kunstvollen Modellen, die plastischen Anschauungsunterricht erteilen über die vielgestaltige genossenschaftliche Welt Sowjetrußlands. Da sind die Verkaufsläden dargestellt, die Dampfbäckereien und Fabriken, die Käsereien, Molkereien; große Ziegelwerke, Bierbrauereien, Dampfmühlen und Fischereien. Da ist ein großes Modell des Transportarbeitergenossenschaftsladens in einem Eisenbahnwaggon. Da ist ein Modell — das große Flächen bedeckt — über eine im Aufbau begriffene Siedlungsgenossenschaft mit Feldern, Ställen, Verwertungsanstalten, mit Wohngebäuden für Familien und Ledige, mit Zentralküchen, das große Zentralhaus mit Klubräumen, Lesezimmer, Vortragssaal, Kino und was sonst alles in diese ideale Welt gehört, die wir hier nicht nur in kümmerlichen Ansätzen, sondern in so und so vielen Fällen verwirklicht vor uns finden.

Um auf den Ausstellungsbesucher pädagogisch zu wirken, sind womöglich **Beispiele gebracht, wie es früher war und was die Genossenschaft an Neuem geschaffen hat.** Da hat die Petersburger Konsum-Kommune ein Riesenmodell ausgestellt: eine alte Mietkaserne, in deren unteren Räumen ein kleiner Laden mit einer dreckigen Privatbäckerei ist; das ganze Unhygienische und die technische Rückständigkeit ist genau zu sehen. Daneben steht das Modell der ersten großen maschinellen Dampfbäckerei der Genossenschaft, mit allem Raffinement moderner Technik, mit Aufzügen, Auszugöfen usw., alles sauber und appetitlich. Auf dem Tisch nebenan sind 2 Brotlaibe aufgestellt, wo neben dem einen ein Stück Holz von 7½ Pfund liegt und neben dem anderen, besser gebackenem, 1,5 Pfund Holz, wodurch jedermann die Ueberlegenheit des genossenschaftlichen Großbetriebes gezeigt wird. An verschiedenen Stellen des Ausstellungsgeländes befinden sich Trinkhallen und Restaurants der Genossenschaften sowie eine Filiale der Genossenschaftsbank.

Bei den ausländischen Genossenschaften, die ausgestellt haben, ist u. a. die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine in Prag und die Stahlwarenproduktions-Genossenschaft „Solidarität" aus Solingen zu finden.

Am Sonntag, den 23. September, war **Genossenschaftstag auf der Ausstellung!** Die Unzahl der Genossenschaftsläden in der Stadt sind mit roten Fahnen, mit Bildern und Inschriften geschmückt; auf einem Plakat steht, daß alle Exkursanten, die aus dem weiten Reich zur Ausstellung strömen, 10 Prozent Rabatt erhalten. Schon in aller Frühe durchziehen Mitglieder der Genossenschaften mit Fahnen und Musikkapellen in langen Zügen, in denen Lastautos mit fröhlichen Kindern fahren, die Straßen nach dem Roten Platz. Dort sammelt sich der große Demonstrationszug, in dem vor allem die Festwagen vorherrschen, auf denen in mannigfacher Weise das Hauptmotiv **„Die Genossenschaft ist die Brücke zwischen Stadt und Land"** bildlich dargestellt ist. Auf dem großen Ausstellungsplatz, vor dem Blumenbild Lenins, ist ein Meeting, auf dem Vertreter aller Genossenschaftsarten sprechen. Ein Vertreter der deutschen Konsumvereine findet jubelnden Beifall, als er von der Brücke spricht, die die Genossenschaft bald von Sowjetrußland nach Deutschland schlagen werde.

Es finden Vorführungen von Maschinen usw. statt, Flugblätter und Broschüren werden verteilt, und auf dem Balkon des Pavillons des „Zentrosojus" stehen Hunderte vor dem Kasperltheater, wo Polikuschka von der Genossenschaft erzählt. Während des Nachmittags werden von führenden Genossenschaftern in den zahlreichen Vortragsstellen auf dem Ausstellungsgelände **13 Vorträge** über die verschiedensten Genossenschaftsprobleme abgehalten. Abends rollen auf fünf Plätzen der Ausstellung **Films**, die Genossenschaftspropaganda machen.

Dieses alles sind Zeugnisse für das **Leben**, das in der russischen Genossenschaftsbewegung heute pulsiert. Nicht mehr kleine Vereine, die in mühseliger Konkurrenz mit dem Kapital ringen und fast unbeachtet von der Oeffentlichkeit ihr Dasein fristen, sondern **Machtfaktoren der Wirtschaft und des Staates**, die sich die Arbeiter- und Bauernschaft durch die politische Machteroberung selbst errichtet haben. Die revolutionäre Kraft, die es fertiggebracht hat, die Wurzel des Kapitalismus auszurotten, hat es auch fertig gebracht — in welthistorischer Perspektive betrachtet —, das Neue so schnell aufzubauen, daß es heute schon nicht mehr eine Verheißung ist, sondern ein Beweis für die Richtigkeit des Weges, auf dem die roten Fahnen mit dem Sowjetstern flattern.

Aus dem Lager der Gegner

Die Hamburger und Amsterdamer auf dem „Kampfplatz".

Von Z. Leder.

** Am 3. und 4. Oktober traten das Internationale Sozialistische Büro (SAJ.) und das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Brüssel abermals zusammen, um zu der internationalen Lage Stellung zu nehmen. Abermals erinnerten sie die Regierungen und die „Völker" an ihr allein heilbringendes Reparationsprogramm, abermals zerrissen sie ihre Gewänder ob der „Unvernunft" der Herrschenden, und in heißem Bemühen suchten sie nach Mitteln und Wegen, um die Menschheit vor dem Fluch der „bösen Tat" (des Ruhreinbruchs), vor dem Chaos, von dem ganz Europa bedroht ist, um den Kapitalismus vor den finanziellen Folgen dieses „schlechten Geschäfts" — vor dem Bankrott — zu retten. Sie haben gefunden! Heureka! sie haben gefunden! Amerika müsse an den Versuchen der Herstellung des Friedens und des finanziellen und ökonomischen Wiederaufbaues der Welt „seinen vollen Anteil" nehmen, Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten ohne irgendwelche neuen Bedingungen müssen sofort aufgenommen werden.

Gehen wir diesem Programm auf den Grund, ziehen wir die für die Amsterdamer und Hamburger üblichen Methoden des Parlaments- und Meetingtheaterspiels in Betracht, so wird sich erweisen, daß die von den Reformisten eingeschlagene Linie internationaler Politik, wie immer, die Linie der **liberalen Bourgeoisie** ist und letzten Endes nur die **Interessen gewisser kapitalistischer** Cliquen wahrt. Um dieses klarer zu machen, wollen wir auf die Politik der Hamburger und Amsterdamer in den beiden wichtigsten Ländern — England und Frankreich — eingehen.

Am 6. Oktober hielten das Vereinigte Komitee des Generalrates des Gewerkschaftsbundes und des Vorstandes der Arbeiterpartei in London eine gemeinsame Sitzung ab. In dieser Sitzung beschlossen sie ein Programm zu der internationalen Frage, das in seinen Hauptzügen dem Brüsseler ganz entspricht. Aus der Begründung dieser Entschließung wird aber völlig klar, daß die Linie, die hier verfolgt wird, die der **englischen liberalen Bourgeoisie** ist, die tagtäglich in ihren Organen verfochten wird. Erstens wird die Forderung, die Verwaltung und Kontrolle (?) des Ruhrgebietes und Rheinlandes dem deutschen Volke zu lassen, damit begründet, daß dies „eine politisch und wirtschaftlich unerläßliche Vorbedingung für die Erfüllung irgend eines Reparationsabkommens durch die deutsche Regierung bildet"; zweitens wird darauf hingewiesen, daß die von Poincaré verkündete Zerreißung des Vertrages von 1919 und die Aufstellung eines neuen Abkommens durch Frankreich allein „eine völlige Mißachtung der britischen Interessen" bedeutet; zuletzt wird aber die „dringende Aufforderung" an die Vereinigten Staaten damit begründet, daß man dabei zu einem Abkommen über die interalliierten Schulden gelangen könnte.

An diesen drei Punkten erkennt man leicht, daß das Programm der Hamburger und Amsterdamer tatsächlich die Interessen jenes liberalen Teils der englischen Bourgeoisie vertritt, der der Ruhrbesetzung neun Monate lang „feindlich" gegenüberstand, um nach diesen neun Monaten, da der feindliche Imperialismus sich anschickt, die erwarteten Vorteile aus diesem „schlechten Geschäft" herauszuschlagen, auch seine Ansprüche auf einen Teil der Früchte der „verbrecherischen Operation" geltend zu machen. Vor kurzem hat der „Daily Express" erklärt, daß „die Logik erfordert hätte, daß Großbritannien es als unzulässig betrachtet, Vorteile aus einer widerrechtlichen Aktion zu ziehen". Aber der Führer der Arbeiterpartei, Herr **Ramsay Macdonald**, hob in seiner Rede auf dem Bankett, das ihm von seiner Partei vor der Abreise nach dem Nahen Osten gegeben wurde, hervor, daß es unzulässig sei, wenn Herr Baldwin die Interessen Großbritanniens denen Frankreichs preisgeben würde. Großbritannien müsse wieder den Platz einnehmen, der ihm bei der Ordnung der europäischen Angelegenheiten gebührt (vgl. „Temps" vom 27. Sept.). Herr **J. H. Thomas**, der neben seinen mannigfaltigen hohen Würden in der englischen Arbeiterbewegung und der Verwaltung Seiner Königlichen Majestät noch den Vorsitz der Amsterdamer Internationale führt, enthüllte in einer Rede vom 27. September die **konterrevolutionäre** Seite der Politik der Herrschaften. Er sei voll Angst vor der Zukunft, er habe Befürchtungen vor dem kommenden Winter, er habe drüben ein wüstes Durcheinander gesehen. Er möchte die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am besten gestaltet sehen. Er möchte Streiks und Konflikte vermeiden. Aber — er sehe, daß wir einer Krise entgegengehen (vgl. „Daily Herald" vom 28. Sept.).

Es ist klar, daß den Herrschaften das Feuer auf den Nägeln brennt. Zeugen doch die Ausweise der Arbeitslosenämter von der Zunahme der Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche, werden doch die Massen der Arbeitslosen, die vor einem Winter voller Entbehrungen und Leid stehen, immer ungestümer! Und ähnlicher Weise gestaltet sich die Lage in Frankreich. Auch dort wollen die Massen aus der CGT. eine Kampagne unter der Arbeiterschaft für die Wiederaufnahme der Verbindungen mit Deutschland einleiten, weil sie fühlen, daß die Stimmungen der französischen Arbeiterschaft immer revolutionärer werden und sich gegen die französische Bourgeoisie auswirken könnten. Für den Notfall hat schon der ehemalige „Kommunist" — gegenwärtig Vormund der Frossard- und Jouhaux-Leute —, **Henri Fabre**, angekündigt, daß er zur Verteidigung Frankreichs von Poincaré das **Gewehr ergreifen werde.** Aber weder mit einem liberalen Programm, das der City oder der Wall Street vielleicht genehm ist, von dem aber die **ausschlaggebenden** imperialistischen Cliquen nichts wissen wollen, noch mit konterrevolutionärer kleinbürgerlicher Hoffnung, mit Angst, Warnungen, Beschwörungen und „patriotischen Lügenphrasen" werden sie imstande sein, dem wirklich auf der Tagesordnung internationaler Politik stehenden Problem auszuweichen, es zu umgehen, ihm zu entrinnen. Das Problem heißt: **Internationale Diktatur des imperialistischen Kapitals** — wenn auch hier und da unter der Maske des Faschismus — oder **Diktatur des Proletariats.** Die erste Antwort auf dieses Problem, der nächste Akt der sich abspielenden Welttragödie, wird aber heißen: **deutsche Revolution.** Mit der praktischen Stellungnahme zur deutschen Revolution wird das **Urteil über die Amsterdamer und Hamburger gesprochen werden.**

Aufrufe

Ein Aufruf der KPD. aus Anlaß der Regierungsumbildung in Sachsen.

An die Partei!

Parteigenossen!

** Die Zentrale hat dem Eintritt dreier ihrer Mitglieder, der Genossen Böttcher, Brandler und Heckert in die sächsische Regierung zugestimmt. Die werktätige Bevölkerung steht einem geschlossenen Block des Großkapitals, des Großgrundbesitzes und der monarchistischen Generale gegenüber. Die großkapitalistisch-militärische Diktatur zur blutigen Niederknüppelung der Arbeiterklasse ist auf dem Marsche.

Die kommunistischen Mitglieder der sächsischen Regierung sind von der Partei beauftragt, die energische Abwehr der Arbeiterklasse gegen die drohenden schwersten Gefahren auf breitester Grundlage zusammen mit den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern zu organisieren und zu leiten.

Die kommunistischen Vertreter dieser Regierung stehen unter ständiger Leitung und Kontrolle der Partei. Der Eintritt unserer Parteigenossen in die sächsische Regierung ist nicht das Ergebnis eines gewöhnlichen parlamentarischen Schachergeschäftes. Er entspricht dem geschlossenen Willen der werktätigen Massen, dem Angriff des Großkapitals durch eine geschlossene proletarische Kampffront zu begegnen.

Für die Partei muß dieses Ergebnis ein Ansporn sein, um im ganzen Reich die breiteste proletarische Kampffront zu verwirklichen und die Massenabwehr der Arbeiterklasse zu organisieren.

Die Regierung der proletarischen Verteidigung in Sachsen ist ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Sie bedarf der Unterstützung der Arbeiterklasse ganz Deutschlands.

Der in Sachsen zuerst unternommene Versuch, mit den linken Sozialdemokraten in der Stunde schwerster Gefahr eine gemeinsame Regierung zu bilden, und die proletarische Abwehr zu organisieren, wird erfolgreich sein, wenn ihre Partei die Arbeiterschaft im ganzen Reiche mobilisiert, sie als kämpfende proletarische Einheitsfront dem Klassenfeind entgegenzustellen.

Berlin, den 10. Oktober 1923.

Zentrale der KPD.
Sektion der Kommunistischen Internationale.

An unsere Leser in Deutschland.

Für die Woche von 15. bis 20. Oktober beträgt die Bezugsgebühr der „Internationalen Presse-Korrespondenz"

für die Wochenausgabe . . . . . 50 Millionen Mark
für die dreimal wöchentlich erscheinende Ausgabe . . . . . 60 Millionen Mark

Unsere Bezieher werden gebeten, diesen Betrag mittels beiliegender Zahlkarte im voraus zu entrichten.

Die Geschäftsleitung der Inprekorr.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.